

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 214.

Freitag, 14. September 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter des kais. Postamtes 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Käufern-Kassenschein für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Raskantienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Freiwillige Versteigerung.

Ertheilungshalber sollen

Dienstag, den 25. September 1894,

Vormittags 11 Uhr,

im Wärsdorfschen Gasthose zu Ganzig die zum Nachlasse der Gutsbesitzerin Amalie Auguste verw. Feinze geb. Werner in Ganzig gehörigen Grundstücke, als:

A.

Das Fünftelhofgut Nr. 58 des Brand-Catasters, Fol. 54 des Grund- und Hypothekenbuchs, No. 14, 6, 10, 111, 120, 131, 133, 135, 137, 139, 146 des Grundbuchs für Ganzig, 23 H. 1, 7 Ar. = 41 Ader 177 □ R. umfassend, mit 969,76 Steuer-einheiten belegt, ortsgewöhnlich auf 62472 M. 85 Pf. geschätzt, sammt Inventar und Vor-räthen,

B.
Das Drittelhofgut No. 47 A. des Brand-Catasters, Fol. 44 des Grund- und Hypothekenbuchs, No. 1, 114, 121 des Grundbuchs für Ganzig, 6 H. 66,5 Ar. = 12 Ader 13 □ R. umfassend, mit 277,70 Steuer-einheiten belegt, ortsgewöhnlich auf 19870 M. geschätzt, sammt Borräthen ohne Inventar, und zwar im Einzelnen, event. auch zusammen durch das unterzeichnete königl. Amtsgericht meistbietend versteigert werden.

Erhebungslustige werden ersucht, sich zum Termine an Ort und Stelle einzufinden. Die Versteigerungsbedingungen sind aus den an der hiesigen Gerichtsstelle und im Wärsdorfschen Gasthose zu Ganzig ausliegenden Anschlägen ersichtlich.

Dies am 23. August 1894.

Das königliche Amtsgericht.
Lehmann.

Tagesgeschichte.

Wie wir bereits kurz gemeldet, haben jetzt auch die „Hamb. Nachr.“ zu der Rede des Kaisers in Königsberg einen Leitartikel gebracht, der ohne Zweifel aus Berlin stammt und der es werth ist, noch reproduziert zu werden. Das Hamburger Blatt schreibt: „Ein Jeder sucht aus dem mannigfaltigen Stoff, den die Rede gewährt, zu entnehmen, was ihm und seiner Partei paßt. In diesem Besuche wird die nach ihrem logischen Zusammenhange wohl erwogene Rede des Monarchen in verschiedene Theile zerlegt, wo dann ein jeder Theil, aus dem Zusammenhang gerissen, geeignet ist, verschiedenartigen Auffassungen eine Unterlage zu gewähren. Wir glauben, daß die Rede nur als Ganzes ins Auge gefaßt werden kann, und danach allein können wir uns unser Urtheil. Der Kaiser hat den ostpreussischen Edelleuten und Agrariern seine Unzufriedenheit mit der Form, in der sie ihre Opposition gegen die Handelsverträge betreiben haben, nochmals zum Ausdruck gebracht, dann aber zu erkennen gegeben, daß er diese Phase des Meinungskampfes, wie sie in der That mit Annahme des russischen und des rumänischen Handelsvertrages ihren Abschluß gefunden hat, als der Vergangenheit angehörig ansehe. Er hat darüber Abolution ertheilt mit den Worten: „Als ausgelöscht betrachte ich Alles, was geschah.“ Zugleich erklärte er den Landwirthen: „Was Sie bedrückt, empfinde auch ich, denn ich bin der größte Grundbesitzer in unserem Staate, und ich weiß sehr wohl, daß wir durch schwere Zeiten gehen. Halten wir still, ertragen wir sie in christlicher Duldung, in fester Entschlossenheit und in der Hoffnung auf bessere Zeiten.“ In dieser Hoffnung — und darin liegt für uns das Hauptgewicht der kaiserlichen Rede — fühlen wir uns bestärkt, wenn der Monarch an seine ostpreussischen Unterthanen den Ruf richtet: „Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes! Lassen Sie uns zusammen in diesen Kampf hineingehen!“ Diese Aufforderung, welche der ganzen Rede ihr eigentliches Gepräge verleiht, hat für uns und, wie wir glauben, für Jeden, der ohne tendenziöse Fraktionsstreberei die Kaiserrede liest, in ihrer Quintessenz die Bedeutung eines Verzichtes auf Fortsetzung des Streites über eine Vergangenheit, welche auf lange Jahre hinaus unabänderliche Gegenwart geworden ist. In der That, die Handelsverträge sind ein fait accompli, an dem auf ein Decennium hinaus nichts mehr zu ändern ist, und die Berücksichtigungen, die außerhalb derselben der Landwirtschaft zugewandt werden können, werden bei dem „größten Grundbesitzer des Staates“ ein geneigtes Ohr finden. Verzichteten wir auf den Streit über Vergangenes und einstweilen Unabänderliches und wenden wir uns gemeinsam den Aufgaben zu, welche die Gegenwart uns stellt, indem wir vereint in den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes hineingehen. Damit glauben wir die Deutung der kaiserlichen Rede, welche durch Herausheben einzelner Stellen aus dem Zusammenhange von allen Denjenigen abzuschwächen gesucht wird, denen der Kampf gegen die Parteien des Umsturzes Unbehagen verursacht, richtig gestellt zu haben. Man muß der Rede des Monarchen Gewalt antun, um zu der Auslegung zu gelangen, welche diejenigen Parteien ihr geben, die stets von einigen „Gewissensbedenken“ besessen werden, sobald von Umsturz und dessen Bekämpfung gesprochen wird. Der Appell des Kaisers, ihn zu unterstützen in dem Kampfe, in den mit ihm zusammen hineinzugehen er seine Königsberger Zuhörer aufgefordert hat, wird in den weitesten

Kreisen des Landes ohne Rücksicht auf eine Sonderstellung des Adels begeisterten Anklang und bereitwillige Hilfe finden.“

Am wenigsten wird der Artikel Diejenigen erfreuen, die in dem Fürsten Bismarck, der bisanfällig ein Freund des russischen Handelsvertrages nicht ist, einen Bundesgenossen bei der fortgesetzten schroffen Opposition gegen die Vertragspolitik und deren Vertreter zu finden hofften. Dieser Hoffnung hat Fürst Bismarck ein Ende gemacht. Er läßt den Agrariern zum Verzicht auf die Fortsetzung des Streites über eine Vergangenheit, die zur unabänderlichen Gegenwart geworden ist, und ermahnt sie, ihre Kampfeslust gemeinsam mit den anderen staatsverhaltenden Elementen gegen den gemeinsamen Feind zu richten. Aber auch an die weiter links stehenden Parteien wendet sich die auf die kaiserlichen Worte sich stützende Mahnung des Fürsten Bismarck.

Deutsches Reich. Se. Majestät der Kaiser wird am 22. ds. Mts. in Thorn zu einer Festungsübung eintreffen. Se. Majestät kommt schon morgens 8 Uhr an und hält zugleich seinen Einzug in die Stadt zur Entgegennahme des Ehrentrunkes vor dem Rathhaus. Dann begiebt er sich nach dem Artilleriechießplatz, wo nach den Schießübungen ein Frühstück eingenommen wird. Hierauf findet eine Parade der drei Artillerieregimenter statt. Um zwei Uhr fährt der Kaiser nach Ostromecko zur Besichtigung der neuen Eisenbahnbrücke bei Jordan und zum Besuch des Grafen Lebensleben. Um 11 Uhr Abends wird die Fahrt nach Theerhude angetreten.

Wie man der „Voss. Ztg.“ aus Mailand meldet, widmete uad übersandte Kaiser Wilhelm der Königin Margherita eine von ihm gedichtete und in Töne gesetzte Kantate. Es handelt sich dortigen Blättern zufolge um eine in Stille der Minnesänger gehaltene Herrlichung der persönlichen und geistigen Tugenden der Königin.

Der Handelsminister Freiherr von Verlepsch bereist gegenwärtig die Kreise Glatz, Neurode, Reichenbach und Schweidnitz. Während der auf etwa vier Tage berechneten Reise sollen industrielle Einrichtungen und Handwerkerberufe besucht und in Reichenbach mit den Vandräthen der be-theiligten Kreise und Vertretern von Handel und Gewerbe Besprechungen abgehalten werden, bei denen auch die Angelegenheit der Errichtung einer Webeschule in Reichenbach erörtert werden dürfte.

Ein süddeutsches Blatt brachte jüngst die Meldung, daß die Apotheken und die Steuer- und Zollbehörden beauftragt worden seien, über die Verbrauchsmengen von Saccharin und anderen Süßstoffen Erhebungen anzustellen. Hierzu bemerkt die „Schles. Ztg.“: „Beim Handelsministerium (sowohl wie beim Finanzministerium) sind in neuerer Zeit mehrfach Klagen über die so:rgesezte Zunahme der Konkurrenz durch die Saccharin- und Stärkesyrupfabriken seitens unserer Zuckerindustrie erhoben worden. Diese Klagen erscheinen nicht ganz unbegründet, weil die letztgenannten Fabriken ihre Erzeugnisse ohne alle Steuererlegung herstellen können und den einer Steuer unterliegenden Rübenzucker-Fabriken und Raffinerien eine erfolgreiche Konkurrenz bereiten. Da es aber gleichartige Industrien sind, welche wenigstens einander ähnliche Produkte hervorbringen, so dürfte es in der Billigkeit liegen, diese Saccharin- u. i. w. Fabrikate ebenfalls einer Steuer zu unterwerfen. Aus dem Material, welches die genannten beiden Ministerien durch die Organe der Steuerverwaltung sich haben liefern lassen, dürfte zu schließen sein, daß die Frage der Unterwerfung des Trauben-Stärkesyrups unter eine Verbrauchsabgabe der Erörterung und Erwägung unterliegt.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beginnt eine Artikelserie: „Das Aktionsprogramm der Regierung und die generische Kritik“. Sie hält darin gegenüber den erhobenen Einwänden ihre frühere Ansicht aufrecht, daß ohne eine Läuterung der positiven oder doch immer noch wesentlich positiven Parteien eine wirksame Zurückdrängung der Sozialdemokratie nicht möglich sei und weist das Verlangen zurück, daß die Regierung mit einem Aktionsprogramm hervortreten solle. Die Regierung handle besonnen, wenn sie außer ihrer eigenen Kraft auch die Tragweite der Unterstützung prüfe, auf die sie daneben rechnen könne. Die Läuterung der anderen Parteien bilde die unerlässliche Vorbedingung für den Kampf gegen die Sozialdemokratie; so lange diese Mahnung nicht befolgt wird, müsse die Regierung sich als ersten Punkt ihres Aktionsprogramms die Aufgabe stellen, mehr Einsicht und bessere Entschlüsse aus den Parteien herauszuarbeiten. In einem zweiten Artikel sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“ zum Schluß:

„Wie aber der Kampf zu führen ist, das haben wir in Besprechungen über den Berliner Bierboikott und bei anderen Gelegenheiten wiederholt angedeutet. Es handelt sich darum, die social-revolutionäre Partei auf ihrem Punkte unseres öffentlichen Lebens, weder auf politischem, noch auf wirtschaftlichem, noch auf gesellschaftlichem Gebiete, Terrain gewinnen und in ein Machtgefäß hineinzuweisen zu lassen. Macht die Socialdemokratie Miene, ihren Einfluß auch auf die Kommunalverwaltungen auszubehnen, hier das große Wort an sich zu reißen oder zunächst mit einem oder einigen Vertretern den Fuß in den Hühler zu bekommen, so müssen ihre Kandidaten von den bürgerlichen Parteien in geschlossener Reihe zurückgedrängt werden. Steht bei politischen Wahlen, insbesondere den Wahlen zum Reichstage, auch ein Socialdemokrat zur Konkurrenz, so muß sich das Hauptaugenmerk darauf richten, seinen Sieg zu vereiteln; denn von seiner Stelle gilt mehr als von dieser, was wir in unserer Nummer vom 7. Juli sagten: daß Macht Macht gebiert, daß jedes neue Mandat der Socialdemokratie an sich und ohne weiteres den Einfluß dieser Partei auf die Masse steigert. Unternimmt es die politische socialdemokratische Partei, mit Hilfe privater Streiks und anderer Mittel des Terrorismus sich als Herrschaftsfaktor in unserem wirtschaftlichen Leben aufzutun, so muß der bedrohte, einzeln herausgegriffene Punkt mit gemeinsamen Mitteln geschützt und gehalten werden. Kein Anbahnungsversuch dieser Art darf geschehen. Und wenn Berufsgenossen und geschäftliche Konkurrenten des von der Socialdemokratie Angegriffenen aus seiner Bedrängnis Vortheil ziehen und die Sache der Socialrevolution direkt oder indirekt unterstützen, so müssen auch sie mit allen Schärpen d. r. Konsequenz als Gegner behandelt und nach dem von der Socialdemokratie gelieferten Muster an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen werden.“

Auf eine Verfügung des Regierungspräsidenten sind die russischen Händler, die den Wochenmarkt in Posen besuchen wollten, nicht zugelassen worden und mußten die Heimreise antreten.

Dem „Reichsanzeiger“ zufolge beträgt die Einnahme an Wechselstempelsteuer im Deutschen Reich vom 1. April bis Ende August d. J. 3 397 572 Mark, gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres Plus 11 453 Mark.

Frankreich. Die Absichten der Franzosen auf Madagaskar lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß genaue Insel vollständig der Reichsphäre Frankreichs einverleibt werden soll. Der Form nach wird Frankreich die Howas so höflich und verbindlich wie möglich behandeln, in der Sache aber strengstens darauf halten, daß allen seinen Forderungen weitestgehende Erfüllung zu theil werde. Um England klammert man sich in Paris bei dem ganzen Madagaskar, scheinbar wenigstens, garnicht. Die ins Auge gefasste Entsendung beträchtlicher militärischer und maritimer Aktionsmittel an Ort und Stelle, im Fall die Howaregierung sich widerpenstig benehmen sollte, beweist, daß die Franzosen diesmal in Madagaskar keine Bahn machen wollen. — Der „Voss. Ztg.“ wird aus Paris vom 13. d. gemeldet: Der Kriegszug nach Madagaskar bildet weiter den Gegenstand allgemeiner Anteilnahme.